



Presseinformation – Sperrfrist 21. Mai 2015, 11:30 Uhr

Zur künftigen Arbeit des Wehrbeauftragten

Es gilt das gesprochene Wort.

Für die Vollaussstattung der Bundeswehr

Nach 17 Jahren als Abgeordneter und 15 Jahren im Verteidigungsausschuss, zuletzt als Ausschussvorsitzender, freue ich mich, nun dieses Amt des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages antreten zu können.

Die Wahl im Bundestag liegt ja schon fünf Monate zurück; das war letztes Jahr, vor Weihnachten. Über die sehr große, sehr fraktionsübergreifende Mehrheit habe ich mich sehr gefreut. Und auf die häufigste Frage, die mir seitdem gestellt wurde – „Wann fängst Du eigentlich an?“ –, kann ich heute ganz knapp antworten: Jetzt.

Ich danke meinem Vorgänger Hellmut Königshaus für die überaus kollegial und freundlich gestaltete Übergangszeit. Er hat in seinen fünf Jahren als Wehrbeauftragter wichtige Anstöße gegeben – für Debatten und für Veränderungen. Stichworte: Ausrüstung in Auslandseinsätzen, Attraktivität des Soldatenberufs, marode Kasernen, G36. Ich werde da anknüpfen.

Auch frühere Vorgänger, Reinhold Robbe, Wilfried Penner, Claire Marienfeld, haben dem Parlament, der Bundeswehr und dem Land einen guten Dienst geleistet. Jeder auf seine Weise. Immer kritisch, immer loyal, immer die Spielräume dieses von der Verfassung geschaffenen Amtes nutzend.

Ich werde in dieser Reihe der 12. Wehrbeauftragte sein, der 4. Sozialdemokrat in diesem Amt.

Legendär in Erinnerung: Karl-Wilhelm Berkhan.

Lassen Sie mich einige Themen nennen, an denen ich arbeiten werde:

Erstens: Der Übergang der Bundeswehr zur reinen **Freiwilligenarmee**.

Die Aussetzung der Wehrpflicht geschah Hals über Kopf, die Folgen sind noch nicht bewältigt. Es gibt heute einen neuen **Beförderungsstau**, das heißt Soldatinnen und Soldaten nehmen Dienstposten und Verantwortung wahr, für die sie nicht bezahlt werden. Sie warten teilweise Jahre auf die ihnen zustehende Beförderung. Das ist *ein* Problem der neuen Personalstruktur.

Ein anderes ist, dass dringend benötigtes **Personal fehlt**. Das betrifft Soldaten in technischen Verwendungen und generell etwa die Mannschaften in der Marine.

Andere müssen deren Arbeit mit bewältigen. Oder eben Schiffe laufen nicht aus, Ausbildung kann nicht stattfinden – und was die bessere Vereinbarkeit von **Dienst und Familie** angeht, dass der Trend zur Pendler-Armee umgekehrt wird. Wo sich die häufigen Standortwechsel nicht vermeiden lassen, brauchen wir Pendler-Wohnungen in den Kasernen.

Zweitens: Kasernen.

Viel zu viel ist immer noch sanierungsbedürftig. Hier fehlt es im Augenblick nicht an Geld, sondern an Tempo. Wir brauchen eine Beschleunigungsinitiative. Und vielleicht hier und da mehr Pragmatismus bei reformbedingten Umstationierungen.

Drittens: Die Vollausrüstung der Bundeswehr.

Wenn nicht länger Out-of-area-Einsätze die real einzige Aufgabe der Bundeswehr darstellen, sondern daneben die glaubhafte Befähigung zur kollektiven Verteidigung in Europa (Nato, EU) einen neuen Stellenwert gewinnt, dann ist das sogenannte „dynamische Verfügbarkeitsmanagement“ der letzten Bundeswehrreform kein akzeptables Konzept. Auch zur „Attraktivität“ des Dienstes in unseren Streitkräften trägt diese Art der Mangelverwaltung nicht bei.

Die Soldatinnen und Soldaten brauchen nicht 70 Prozent ihrer Soll-Ausrüstung, sondern **tatsächlich 100 Prozent**. Das betrifft Großgerät wie den Leopard II, wo inzwischen eine entsprechende 100-Prozent-Entscheidung getroffen ist (328 statt 225 Kampfpanzer), Schützen- und Transportpanzer und Artilleriesysteme des Heeres, aber auch Ausrüstung der einzelnen Soldaten wie Schutzwesten oder Nachtsichtgeräte.

Das wird Geld kosten. Dafür muss das Ministerium erst einmal das wirklich ausgehen, was im Haushalt zur Verfügung steht. Darüber hinaus ist die im Eckwertebeschluss der Regierung nominal leicht steigende Finanzlinie hilfreich (nächstes Jahr plus 1,2 Mrd. Euro). Aber ab 2017, wenn es keinerlei Einspareffekte durch die dann abgeschlossene Bundeswehrreform mehr gibt, **wird zusätzliches Geld erforderlich sein**. Die letzte Steuerschätzung zeigte, dass dies nicht zu Lasten anderer Ressorts gehen muss. Das Verteidigungsministerium sollte darlegen, welche zusätzlichen Mittel für die Vollausrüstung erforderlich sind, damit das Parlament entsprechende Entscheidungen treffen kann.

Die Alternative wäre, die Bundeswehr weiter zu verkleinern und an den geringeren Ausrüstungsumfang anzupassen. Das allerdings würde nicht nur unsere Bündnispartner in Europa verstören, es wäre absurd.

Viertens: Die **Europäisierung**.

Ich habe mich in der deutschen Politik seit Jahren für konkrete Schritte hin zu effektiverer militärischer Zusammenarbeit in Europa eingesetzt. Der Koalitionsvertrag formuliert ausdrücklich die Vision einer Europäischen Armee. Die neue EU-Kommission unterstützt das. Viel wird gerade jetzt zwischen Deutschland und den Niederlanden und Polen und Frankreich neu verabredet. Der Zug nimmt an Fahrt auf.

Meine Aufgabe als Wehrbeauftragter wird es nun sein, bei der politisch gewollten Europäisierung darauf zu achten, dass die guten deutschen Grundsätze des **Staatsbürgers in Uniform**, der gesetzlich verankerten Personalvertretung, des Führens mit Auftrag und der **Inneren Führung** dabei mitgenommen werden.

Diese Grundsätze haben sich bewährt. Unsere Bundeswehr ist eine Armee in der Demokratie, die selbst demokratische Prinzipien lebt. Seit 60 Jahren immer besser. Das Recht jedes Soldaten, jeder Soldatin zählt.

Und wo das nicht geschieht, kommt der Wehrbeauftragte!